

## **A N T R A G**

der AfD-Landtagsfraktion

betr.: Verzicht auf gendergerechte Sprache auch im Saarland nach dem Vorbild Frankreichs

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in von ihr eingebrachten Entwürfen für Gesetze und Verordnungen und sonstigen von ihr verfassten Publikationen und Handreichungen, in der Verwaltung, in Schulen und Hochschulen, sowie sämtlichen der Aufsicht des Landes unterstehenden Behörden, im Schriftverkehr mit dem Bürger, in allen sozialen Medien und in der internen Kommunikation, auf die sogenannte Gendersprache zu verzichten.

Konkret bedeutet dies, nach dem Vorbild der Republik Frankreich, auf Doppelnennungen (Lehrer/Lehrerinnen) sowie auf Gender-neutrale Satz- und Wortkonstruktionen zu verzichten, die Elemente wie z.B. das sog. „Binnen-I“ oder den „Gender-Star“ beinhalten.

### **B e g r ü n d u n g :**

Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation und ein zentrales Element unserer nationalen und kulturellen Identität. Sie zu schützen und zu bewahren sind elementare Aufgaben deutscher Politik.

Unser gewiss nicht als frauenfeindlich bekanntes Nachbarland, die Republik Frankreich, hat unter dem neuen Präsidenten Macron und auf Anweisung von dessen Premierminister auf nationaler Ebene entschieden, allein die grammatikalisch und herkömmlich als „generische Maskulinum“ benannte Form bei Anwendung des Plurals im staatlichen Schriftverkehr anzuwenden.

Diese Entscheidung trägt der teilweise heftigen Kritik Rechnung, die im Zusammenhang mit dem sprachlich inkorrekten Umgang mit den Nationalsprachen hervorgebracht wird und dem einhergehenden Rückzug der Idee von Gender Mainstreaming.

Sich in die Länge ziehende Satzbilder und ständig wiederholende Doppelnennungen wie „Bürgerinnen und Bürger“, aber auch das Ändern in Wortkonstruktionen wie „BürgerInnen“, „Bürger/Innen“ oder „Bürger\*innen“ verletzen nicht nur sprachliche Grundregeln, sie erschweren darüber hinaus auch die Verständigung und den Spracherwerb.

Dass sich die Gendersprache mittlerweile sogar in Gesetzestexten niederschlägt, zeigt, wie die Politik bereits seit Jahren der Verunstaltung unserer Sprache tatenlos zusieht. Folgen wir dem Vorbild Frankreichs und verzichten wir auf überflüssige und unsinnige Formulierungen, die unsere Sprache verkomplizieren.

Es sollten die Bundesländer vorangehen und die den Lesefluss erheblich störende „gendergerechte“ Sprache auf der föderalen Ebene abschaffen. Diesem Ziel dient der vorliegende Antrag.